

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

12 (15.1.1919)

Vorbereitende Sitzung der badischen Nationalversammlung.

Karlsruhe, 15. Januar.

Gestern abend um 6 Uhr traten die gewählten Mitglieder der badischen Nationalversammlung im Sitzungssaal der Zweiten Kammer zu der vorbereitenden Sitzung der verfassunggebenden badischen Nationalversammlung zusammen. Ministerpräsident Genosse Geiß begrüßte die Erschienenen und teilte mit, daß das Älteste Mitglied der Nationalversammlung Reinhardt Reinhardt (geb. 1849), das zweitälteste Rechtsanwalt Muser (geb. 1880) sei. Es wurde deshalb Herr Reinhardt zum Alterspräsidenten, Herr Muser zu dessen Stellvertreter bestimmt. Die jüngsten Mitglieder sind Dr. Kraus-Freiburg (geb. 1891), Frau Regenscheidt (geb. 1893), Fräulein Kräuter (geb. 1893) und Anton Ziegelmeyer (geb. 1888). Die 4 zuleztgenannten werden daher zu Jugendsekretären bestimmt.

Ministerpräsident Reinhardt gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeit dazu beitragen wird, Ruhe und Ordnung in unserem Vaterland zu schaffen und teilte mit, daß die Wahlprüfungen in der Weise vorgenommen werden, daß 4 Abteilungen gebildet werden, je eine für einen Wahlkreis. Der Wahlkreis 2 wird dann die Wahlen des Wahlkreises 1 prüfen, der Wahlkreis 3 die des Wahlkreises 2, der Wahlkreis 4 die des Wahlkreises 3 und der Wahlkreis 1 die des Wahlkreises 4. Alsdann wurde beschlossen, eine ständige Wahlprüfungskommission aus 7 Mitgliedern zu bilden. Dieser werden angehören die Mitglieder Wittmann und Seubert (Zentr.), Risch und Strobel (Soz.), Dr. Gledner und Jürg (Dem.) und Karl (D.N.).

Tagesordnung für die erste Sitzung.

1. Prüfung der Vollmachten, 2. Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der 4 Schriftführer, 3. Beschlußfassung über die Bildung der Kommission, 4. Ansprache des Präsidenten.

Verteilung der Plätze.

Im Sitzungssaal der Nationalversammlung nahmen die Fraktionen in folgender Weise Platz: Links, wo früher die Nationalliberalen saßen, sitzen heute die Sozialdemokraten. Dann folgen die Plätze der Demokraten, die über den Mittelgang hinausgehen, ihnen schließen sich die Plätze des Zentrums an und ganz rechts befinden sich die Plätze der Deutschnationalen. In der Mitte des Saales, die bekanntlich mit neuen Sitzplätzen versehen wurde, haben Vertreter der verschiedenen Parteien, meistens jedoch neugewählte, ihre Plätze. Die 9 Frauen, die der Nationalversammlung angehören, sitzen unter den männlichen Mitgliedern der Versammlung, nur die 4 Zentrumsfrauen haben sich zusammengefaßt und bilden eine Frauenbank des Zentrums.

Die Präsidenten der badischen Nationalversammlung.

In glatter Weise ging in der heutigen Sitzung der badischen Nationalversammlung die Präsidentenwahl vor sich. Durch Zutritt wurden gewählt als 1. Präsident Abg. Dr. Kopf (Zentrum), 1. Vizepräsident Abg. Genosse W. Krumme (Soz.), 2. Vizepräsident Abg. Dr. Muser (Demokr. Volkspartei).

Die badische Verfassungskommission.

Wird als Vorsitzenden unseren Genossen Abg. Dr. Dietz haben. Weiter werden von unserer Fraktion die Genossen Maier, Krumme, Dr. Kraus, Weismann, Strobel und Frau Regenscheidt der Verfassungskommission angehören.

Eröffnungssitzung der badischen Nationalversammlung.

Karlsruhe, 15. Januar.

Bei dichtbesetzten Tribünen ging heute Vormittag 10 Uhr die feierliche Eröffnungssitzung der verfassunggebenden badischen Nationalversammlung über die wir morgen weiter berichten, vor sich. Erstmalig waren in einem gesetzgebenden deutschen Parlament die Frauen vertreten, die mit einer Reihe von Abgeordneten, die durch die lehrwürdigen Wahlen in die Nationalversammlung gewählt worden waren, die neuen Erscheinungen des Parlaments bildeten.

Witzvoll, der Bedeutung der Stunde angemessen, wies nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und der Wahl der Kammervorsitzenden der Präsident der vorläufigen badischen Regierung Abg. Genosse Geiß in seiner Eröffnungsrede auf die Entwicklung hin, die uns die Würdigkeit des Volkes gebracht hätte. Die nun dazu verwendet werden müßte, den Fortschritt auf allen Gebieten politischen, sozialen und kulturellen Lebens sicherzustellen. Um die Freiheit der Nationalversammlung eine vollständige sein zu lassen, stellte dann Gen. Geiß im Namen des badischen Staatsministeriums der Nationalversammlung die Bitte der Regierung zur Verfügung, damit die volle Gewalt in die Hände der gewählten Vertreter des Volkes legend, das sie zum Wohle des gesamten Landes benutzen möge. Der Wunsch nach Einigkeit bildete den Schluß der glanzvollen zu Herzen gehenden Rede des Ministerpräsidenten Gen. Geiß, die wir morgen ausführlich wiedergeben werden.

Sicherungsmaßnahmen. Um einen ungehinderten Verlauf der heute vormittag erfolgenden Eröffnung der bad. Nationalversammlung sicherzustellen, hat die vorläufige Vollregierung besondere Vorkehrungen getroffen. Das Ständehaus wird abgesperrt werden und der Zutritt nur jenen Personen gestattet werden, die sich durch besonders für den heutigen Tag ausgestellte Einlaßkarten ausweisen können. Die Tribüne der Zweiten Kammer, in welcher sich der Eröffnungssitzung vollziehen wird, darf nur von solchen Personen betreten werden, die eine von Mitgliedern der Regierung ausgestellte Ausweiskarte besitzen.

Der Sitzungssaal der Zweiten Kammer selbst hat kein Aussehen etwas verändert. Der Thron und die auf dem Baldachin befindlichen Gelehen, sowie die Krone sind heilig gehalten worden, dagegen sind die Wägen der Großherzoge von Baden an ihrer Stelle verblieben.

Die Demokr. Fraktion der bad. Nationalversammlung hat sich in ihrer gestrigen Sitzung gebildet. Es wurden gewählt: Abg. König zum Vorsitzenden, Abg. Hummel zum stellv. Vors., Abg. Dr. Leier zum Schriftführer, Abg. Rassa zum Sachmeister. Die Stögg. Götting und Muser wurden zu Beisitzenden bestimmt.

Die bayerischen Wahlen.

München, 14. Jan. Endlich ist das amtliche Wahlergebnis in Bayern rechts des Rheins bekannt. (Die vom Felde besetzte Pfalz wird, wie gemeldet, am 2. Februar noch über 24 Mandate zu bestimmen haben.) Danach haben er-

Bayerische Volkspartei (Zentrum) 1 072 949 Stimmen.
Rechtssozialisten 935 550 Stimmen.
Deutsche Volkspartei 417 074 Stimmen.
Bayerischer Bauernbund 322 023 Stimmen, die

Nationalliberale Partei und Bayerische Mittelpartei 109 363 Stimmen.
Unabhängige Sozialdemokraten 77 243 Stimmen.
Mittelpartei 8235 Stimmen.
Bund der Unteroffiziere 12 388 Stimmen.

Die Sitze werden sich wie folgt verteilen:

Bayerische Volkspartei 58.
Rechtssozialisten 51.
Deutsche Volkspartei 22.
Bayerischer Bauernbund 17.
Nationalliberale Partei 5.
Unabhängige Sozialdemokraten 3.

Mit beispielloser Saumlosigkeit ist das Ergebnis der bayerischen Landeswahlen festgestellt und bekanntgemacht worden. Das Resultat registriert zwei Hauptergebnisse: Einen starken Erfolg der Sozialdemokratie und die endliche Niederdrückung der Zentrumsherrschaft in Bayern. Das ist insofern erfreulich, als immerhin zu befürchten war, daß sich die Wählermassen mehr als ge- schehen, durch die Berliner Vorgänge beeinflussen lassen.

Einigermassen werden dieselben immerhin geschadet haben. Von einer absojuten Mehrheit des Zentrums in Bayern, an der die Menschheit zu verzweifeln drohte, kann also nicht mehr gesprochen werden. Das Zentrum hat sich an den Sünden der Mitschuld am Kriege das Genick gebrochen, obwohl es alles aufbot, um das Unheil abzuwenden. Ebenso wie in Baden war auch in Bayern die Religion in Gefahr und die Jungfrauenkongregationen und kath. Müttervereine wurden, wie man sieht, unter Führung von Kaplanen geschlossen zur Wahlurne geführt. Es ist jetzt auch in Bayern die Bahn frei für eine freibeiwillige und kulturelle Entwicklung. Glück auf!

Die Lage in Berlin.

W.B. Berlin, 14. Jan. Der Zentralrat trat am 13. Januar in Anwesenheit eines Vertreters des Kriegsministeriums in Verhandlung ein mit der Kommission der revolutionären Elemente des Berliner Zentralvorstandes der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des großen Berliner Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

W.B. Berlin, 14. Jan. Die planmäßige Eröffnung hat heute früh 7.30 Uhr begonnen. Moabit ist besetzt bis zum Verbindungskanal und die dortigen Brückenübergänge über den dortigen Verbindungskanal sind gleichfalls besetzt. Besetzt sind die Bäume, der Landesausschließungsparc, die Siemens-Schuckert-Werke usw. Die Besetzung ist unbedingt erforderlich. Die Arbeit wird fortgesetzt. Die Besetzung und Entlohnung ist notwendig, damit keine Störung der Wahlen möglich ist.

Neuer Aufruf der Regierung.

W.B. Berlin, 14. Jan. Die Reichsregierung erklärt einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem es heißt: Nach einer Woche schwerer Wirren kehrt in Berlin die Ordnung wieder zurück. Den braven Truppen der Republik ist es gelungen, aus eigener Kraft und durch die Unterstützung der Bevölkerung einen Zustand niederzuwerfen, der alle freibeiwilligen Erregungsmomente der Revolution zu vernichten drohte. Ihre geleitete Fanatiker verbanden sich mit dunklen Elementen der Hauptstadt, um mit ihrer Hilfe und mit Hilfe einer fremden Macht die Gewalt an sich zu reißen, die ihnen das deutsche Volk, der allein rechtmäßige Auftraggeber der Regierung, aus freiem Willen niemals übertragen würde. An seinem Widerstand, und vor allem dem der Arbeiterklasse, die in ihrer erdrückenden Mehrheit alle begnadigten Ausschreitungen verurteilt, ist das freibeiwillige Unternehmen gescheitert. Die Regierung ist sich der Zustimmung und der Hilfe des Volkes gewiß, wenn sie entschlossen ist, die Wiederholung ähnlicher Gräueltaten mit allen Mitteln zu verhindern. Am 10. Januar tritt das deutsche Volk an die Wahlurnen, um sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Das Volk der deutschen Republik ist der Träger der Staatsverantwortlichkeit. Wer in seine freie Willensbetätigung gewaltsam eingreift, der begeht ein schweres Staatsverbrechen und muß auf strengste Verurteilung gefaßt sein. Die gegenwärtige Regierung bereitet für sie einen Entwurf einer Verfassung vor, die das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes, vor allem gegen revolutionäre und terroristische Bestrebungen schützt. Sie ist bemüht, einen Frieden zu erreichen, der die Freiheit des deutschen Volkes auch nach Außen sicherstellt und die Gründung eines Völkerbundes zum festeren Status gegen neue Kriegsgewalten ermöglicht. Die Feststellung der nationalen Selbstbestimmung im Osten kann nur Aufgabe des Friedenskongresses sein. Gegen den politischen Anarchismus bedarf unser Land des Schutzes, den ihm das deutsche Volk nicht verweigern wird. Nicht minder gilt es, unsere Grenze gegen die neue russische Militärdiktatur zu schützen, die uns mit ihrer kriegerischen Gewalt ihre eigenen anarchischen Zustände aufzwingen und einen neuen Weltkrieg entfesseln will, dessen Schicksal unser Land sein würde. Volkswidrig ist Tod des Lebens, Tod der Freiheit, Tod des Sozialismus, der in aufbauender Arbeit sein Ziel, die Befreiung des jagenden Volkes aus jenseitiger wirtschaftlicher Ausbeutung vollenden kann.

Die Lage im Reich.

W.B. Braunschweig, 14. Jan. Die braunschweigische Regierung fordert durch einen Aufruf zur Bildung einer mittel-norddeutschen Bundesrepublik auf. Die Arbeiter- und Soldatenräte der betreffenden Gebiete werden gebeten, mit ihr in einen Meinungsaustausch darüber einzutreten, ob an die Errichtung eines neuen Gemeinwesens gegangen werden kann. Die braunschweigischen Arbeiter beschäftigen sich mit der Errichtung einer Bundesrepublik nicht nur eine wirtschaftliche und politische Interessengemeinschaft mit ihren Nachbarn, ihr Ziel ist höher, sie möchten mit ihren Nachbarn in einen innigen Bundesbündnis eintreten. Die braunschweigischen Arbeiter und Soldaten sind fest entschlossen, die Lasten zu bewältigen, in die die bisherigen herrschenden Klassen die Arbeiter gelegt hatten, sie sind aber auch ebenso fest entschlossen, jeden Angriff auf ihre Produktionsstätten, von welcher Seite er auch kommen möge, mit allen Mitteln abzuwehren und Bestrebungen, welche sich gegen die Lebensbedingungen des Arbeitervolkes richten, nötigenfalls mit Waffengewalt zu unterdrücken. Braunschweig bietet seinen Nachbarn, welche in der gleichen Lage sind, keine brüderliche Hilfe für jeden Fall eines Angriffes an und bittet sie, im Falle einer Bedrohung um Hilfe.

Deutsche Note an die Waffenstillstandskommission.

W.B. Berlin, 13. Jan. Die deutsche Regierung hat heute durch die Waffenstillstandskommission in Spa den Vertretern der Entente über die schwebenden Finanzfragen folgende Note überreicht:

Bei den in Mainz über die Anwendung des Art. 19 des Waffenstillstands stattgehabten Verhandlungen hat der Finanzkommissar der Alliierten eine Note übergeben, die das höchste Maß dessen darstellt, was Deutschland seit Einstellung der Feindseligkeiten gemutet worden ist. Die deutsche Regierung legt hiermit nachdrücklich und ernstliche Verwahrung ein. Sie erklärt, daß sie außerstande ist, die Note anzunehmen. Deutschland ist in dieser Angelegenheit an der Grenze dessen angelangt, was es hinnehmen kann. Die deutsche Regierung gibt der bestimmten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die Alliierten in der Ausführung des Artikels 14 des Waffenstillstandsvertrages einen Weg finden werden, den zu folgen die Würde Deutschlands gestattet.

Die deutsche Regierung hält aber ferner den Zeitpunkt für gekommen, an dem es ihre Pflicht ist, die Aufmerksamkeit der alliierten und assoziierten Regierungen auf folgendes hinzuweisen: In der Frage des deutschen Volkes beginnt der Gedanke aufzudämmern, die Alliierten hätten die Willkürlichen Punkte, nach denen Deutschland als freies Volk unter den Völkern leben soll, nur angenommen, um Deutschland erst wehrlos zu machen und es danach zu vergewaltigen. Die Beibehaltung der Volksherrschaft, die hinausführend der Versorgung mit Lebensmitteln, die wirtschaftliche und politische Sperrung zwischen dem Osten und dem rechten Rheinufer machen das deutsche Volk aufmerksamer. Im Vertrauen auf die Note des Staatssekretärs Laning vom 6. November hat Deutschlands Heimat und Heer einen weiteren Kampf als unendlich ausgegeben und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die alliierten und assoziierten Regierungen dadurch, daß sie den Friedensschluß hinauszuverschieben und den Waffenstillstand als ein Instrument zur verbürgen wirtschaftlichen Erschöpfung Deutschlands handhaben, über in einem der feierlichsten Momente der Geschichte abgebenen Erklärung entgegenhandeln, so vermag das deutsche Volk darin keine Kriegslist zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihm als außerhalb jeden menschlichen Verständnisses und göttlichen Rechtes stehend, das jedes Gefühl für eine Verhöhnung der Völker erlösen müßte und für das es kein Verzeihen und Vergessen gibt.

(gez.) v. Brockdorff-Rantzau.

Zur Friedenskonferenz.

W.B. Paris, 14. Jan. Havas. Der Oberste Kriegsrat hatte am Montag, den 13. Jan., eine Sitzung abgehalten, um in die Prüfung der Bedingungen für die Verlängerung des Waffenstillstandes mit Deutschland einzutreten. Die erste Sitzung der Friedenskonferenz wurde auf den 18. Januar 2.30 Uhr im Ministerium des Neuern festgesetzt. Es wurden neue Bedingungen festgelegt, welche Marschall Joffre am 15. Januar dem deutschen Bevollmächtigten in Trier mitteilen wird. Die Bedingungen sind wirtschaftlicher, finanzieller und materieller Natur. In wirtschaftlicher Hinsicht beschloß der Rat, für die Versorgung Deutschlands und der anstößenden Länder, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Rumänien, Vorzüge zu treffen, doch fordern alle Alliierten von Deutschland, welches durch seine U-Boote den Zustand der Weltwirtschaft hervorgerufen hat, es müsse die Mittel liefern, um ihr abzuhelfen. Infolgedessen wird Deutschland alle jene Schiffe liefern müssen, die noch in seinen oder in neutralen Häfen liegen, damit die Lungen zum Transport von Lebensmitteln verwendet werden können. In wirtschaftlicher Hinsicht fordern die Alliierten weiter von Deutschland die Herausgabe des gesamten von seinen Truppen in den Jahren der Besetzung Länder weggenommenen Metalls, deren Eigentümer noch nachgewiesen werden können.

Zur Friedensbewegung.

W.B. London, 14. Jan. Die „Times“ schreiben: Es ist unmöglich, zu sagen, wie lange die Friedenskonferenz dauern wird. Große Anstrengungen sind gemacht worden, um sie abzukürzen, denn alle alliierten Nationen streben nach friedensmäßigen Genossenschaften zurückzuführen und diese Gewohnheiten in allen Ländern wiederherzustellen. Wenn die Konferenz der Alliierten sich über die Bedingungen des Präliminärfriedens einig geworden ist, werden diese dem Feinde zur Annahme vorgelegt werden. Der Frieden wird ein diktiert Frieden sein, obwohl die Bedingungen unendlich viel milder sein werden als die, welche Deutschland, wie es den Rumänen sagte, uns auferlegt hätte.

Ludendorff will sich verteidigen.

W.B. Kopenhagen, 13. Jan. „Berlinsche Tidende“ gibt in einem Telegramm aus Madrid eine Unterredung wieder, die der führende Gegenspieler Döhlson, bei dem sich gegenwärtig General Ludendorff als Gast befindet, mit einem schwedischen Pressevertreter gehabt hat. Döhlson erklärte, Ludendorff arbeite von morgens bis abends an einer Verteidigungsschrift. Alle letzten, fuhr Döhlson fort, die Hauptkandidat Ludendorff, man veresse dabei aber ganz, daß er bei Ausbruch des Krieges keine entscheidende Stimme gehabt hatte, sondern nur Offizier war im Generalstab wie viele andere. Erst im August 1916 erhielt er auf die Kriegsführung Einfluß und seitdem wurde ihm nicht ein einziges Mal erklärt, daß die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens vorhanden war. Niemals sei er Anhänger amerikanischer Pläne gewesen und irrtümlich sei auch die Behauptung, daß er sich einem Verständigungsfrieden widersetzt hätte. Das Telegramm schließt, man könne sicher annehmen, daß die Erklärung Döhlson in genauer Übereinstimmung mit den Gesichtspunkten, die Ludendorff in der Verteidigungsschrift zum Ausdruck bringen werde, stehen.

Allgemeiner Aufruf in Argentinien.

W.B. Buenos Aires, 14. Jan. Agence Havas. Die Arbeiterverbände haben den allgemeinen Aufruf in der ganzen Republik erklärt. Die Eisenarbeiter in West- und Mittelargentinien haben den Dienst eingestellt. Marineabteilungen wurden gelandet und haben bei der Wiederherstellung der Ordnung mitgewirkt. Die Kirche Sacre Corus wurde geplündert. Mehrere Waffenslager wurden ausgeraubt. Die Truppen sind konzentriert. Bei Zusammenstößen wurden mehrere Personen getötet. Das Automobil des Leiters der Polizei und zahlreiche Straßenwagen wurden von den Aufständischen in Brand gesetzt.

Nr. 1
W
Die
nolliber
die Wei
Das
Kirch
Di
hat noch
Die
Gewalt
Die
die Ge
aller
wirkliche
Die
der Not
Diese
Teil (dem
Kriegs
Zu
Ihren
weber a
als Be
Diese
und für
Ihren
freisteh
des zu
doppelt
Die
zu beauf
herigen
bis diese
anbrang
cenzhaus
Kriegswe
Für d
1914 e
ungenig
es einfor
den. Die
haupte für
her, Vore
dem Wibe
eine höher
reichende
in der Ur
Sanktion
Anwendung
die Erfüll
lassung vor
ordnen, d
der Abg.
sch der S
der Abge
lassung be
hörenden
mit ihrer
sichen Par
Die Konf
nahmereich
schädlich,
Angestellte
Das G
kin Erfind
in Patent
Anmelde
aus hier
gen ihrer
jenige den

Was wollen die Parteien?

Die Deutsche Volkspartei (früher fortschrittlich und national-liberale Partei) will dem Kapitalismus wieder auf die Beine helfen.

Das Zentrum will das Gleiche und außerdem der Kirche staatliche Vorrechte verschaffen.

Die christliche Volkspartei ist für die Monarchie. Sie hat noch nicht genug vom System Wilhelm II.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei will die Gewaltherrschaft einer Minderheit errichten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands allein will die Herrschaft des ganzen Volkes, das Recht aller geistig und körperlich Schaffenden verwirklichen.

Die Privatangestellten und die Wahlen zur Nationalversammlung.

II.

Die Unternehmerparteien erzählen den Angestellten viel von der Notwendigkeit der Freiheit des Dienstvertragsverhältnisses. Diese „Freiheit“, die natürlich nur für den wirtschaftlich stärkeren Teil (dem Unternehmer) eine Freiheit ist, verdrängt sich in der Praxis zu folgenden betragslosen Vereinbarungen:

Ich verpflichte mich nach meinem etwaigen Austritt aus Ihrem Geschäft, gleichviel unter welchen Umständen er erfolgt, weder als Selbstbetreibender Ihnen Konkurrenz zu machen, noch als Beamter oder Berater in ein Konkurrenzgeschäft einzutreten. Diese Verpflichtungen gelten für den Umkreis von Europa und für die Dauer von drei Jahren nach meinem Austritt aus Ihrem Geschäft. Im Falle der Zuwiderhandlung soll es Ihnen freistehen, Unterlassung oder Vertragsstrafe oder beide zugleich zu beanspruchen. Als Vertragsstrafe wird der doppelte Betrag meines letzten Jahresgehältes vereinbart.

Die harmlosen Worte: „Es ist Ihnen freigestellt, Unterlassung zu beanspruchen“, bedeuten, daß der Unternehmer seinen feierlichen Angestellten solange in's Gefängnis setzen lassen kann, bis dieser die Arbeit bei der Konkurrenz unterläßt. Solche Vereinbarungen sind gang und gäbe, sie bilden eine Normalkonkurrenzklause. Abgeschlossen wurde die vorliegende zwischen einem Eisenwerk und einem Rechner.

Für die Handlungsgehilfen — nur für diese allein — ist 1914 eine gesetzliche Regelung geschaffen worden, die durchaus ungenügend ist. Für Handlungsgehilfen unter 1600 M. Jahreslohn darf keine Konkurrenzklause abgeschlossen werden. Die Sozialdemokraten verlangen das völlige Verbot überhaupt für alle Angestellten, also auch für die Techniker, Wertmeister, Bureauangestellten usw. Diese Forderung scheiterte aber an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien. Es ist auch das Bemühen eine höhere Gehaltsgrenze zu ziehen. Es besteht jetzt eine unzureichende Entschädigungspflicht der Prinzipale, die übrigens völlig in der Luft hängt. Dagegen ist den Unternehmern das bisher im Handelsrecht nicht übliche Recht gegeben worden, ebenfalls durch Anwendung von Gefängnisstrafe bis zur Dauer von 6 Monaten, die Erfüllung der Konkurrenzklause zu erzwingen. Für die Zulassung von Postämtern können alle anwendbaren Reichstagsabgeordneten, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Abgeordneten Macquardt und Colborn. Der Exzellenz-Befehl an hielt sich der Stimme. Auch die fortschrittliche Volkspartei, darunter der Abgeordnete Friedrich Raumann, stimmten ebenso für die Zulassung der Postämtern, wie es die Zentrumspartei in Angelegenheiten der Gewerkschaftsführer in Uebereinstimmung mit ihrer Gesamtfraktion tat. Ebenso verhielten sich die bürgerlichen Parteien ein Verbot der geheimen Konkurrenzklause. Die Konkurrenzklause stellt nicht nur ein ungeheures Ausnahmestück gegen die Angestellten dar, sie ist volkswirtschaftlich schädlich, weil sie die volle Ausnutzung der geistigen Kräfte der Angestellten verhinert.

Das Gleiche gilt für das Heften jedes Erfinders. Es ist ein Erfindersrecht, das eigentlich überhaupt nicht, sondern nur ein Patentrecht. Dieses kennt nicht den Erfinder, sondern nur den Erfinder. Da die herrschende Vertragsstrafe bei den Unternehmern auch hier zugute kommt und ihnen gestattet, sich sämtliche Erfindungen ihrer Angestellten vorher zu sichern, hat praktisch nicht derjenige den Anspruch auf eine Erfindung und ihre Ausnutzung, der

den erfinderischen Gedanken hatte, sondern derjenige, der im Besitze der Produktionsmittel ist. Die Unternehmer „berechnen“ mit ihren Angestellten Erfindungsklauseln, die meist so lauten, wie die der Siemens-Schubertwerke: Erfindungen oder Verbesserungen aller Art, welche von Angestellten der Gesellschaft gemacht werden, kann diese als ihr ausschließliches Eigentum in Anspruch nehmen. Hier finden wir also die deutlichsten Anklänge an den alten römischen Rechtsgrundsatz: „Alles, was der Hausjohn oder der Sklave erwirbt, erwirbt er seinem Herrn.“

In dieser Zeit der Arbeitslosigkeit, die die notwendige Folge des alten Systems ist, macht sich für uns Angestellte das Fehlen einer Arbeitsvermittlung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, geliebert über das ganze Reich, besonders schädlich bemerkbar. Auch hier müssen wir die bürgerlichen Parteien anklagen. Die Reichstagsfraktion vom 19. März 1915 befahte sich mit der Arbeitsnachweisfrage. Die Nationalliberalen und Konservativen sprachen sich für die Beibehaltung der Internachweise, dieser Maßregelungsbiros, aus. Besonders wandten sie sich durch die Abg. Graf Westarp und Wassermann nachdrücklich gegen die Errichtung von Arbeitsnachweisen für die Angestellten. Für diese traten lediglich ein die Sozialdemokraten, namentlich durch die Abg. Robert Schmidt und Bauer, zu denen sich von den „Bürgerlichen“ in dieser Frage der Abg. Behrens stellte. Allerdings wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß die Unternehmerparteien den Willen des 1888er Verbandes, des B.D.G. und ähnlicher Organisationen entsprachen, die aus Verbandsgeiz lieber die Handlungsgehilfen stellenlos sahen, um nicht auf ihre Verbandsstellenvermittlung verzichten zu müssen.

So leben wir bei jeder sozialpolitischen Angestelltenforderung das Verlangen der „bürgerlichen“ Parteien und das selbstbewußte Eintreten der Sozialdemokraten für die Angestellten. Eine neue Zeit ist jetzt heraufzubegehren, eine Zeit, von der wir erwarten, daß sie auch uns Angestellten endlich ein einheitliches soziales Arbeitsrecht bringen wird; ein Recht, in dem nicht mehr, wie bisher, die toten Sachgüter höher bewertet werden als die lebenden Menschen, sondern ein Recht, das uns für unsere geistig-schaffende Arbeit wirklich Recht bringt.

Jedoch nur dann werden sich diese Hoffnungen verwirklichen, wenn die Nationalversammlung eine starke sozialdemokratische Mehrheit aufweist. Denn die Unternehmerparteien werden angestrichelt bleiben, wie sie es waren, trotz der schönen Versprechungen, die sie uns vor dieser Wahl — wie vor allen früheren Wahlen — geben.

Landesversammlung der Soldatenräte Badens.

O. Durlach, 13. Jan.

Auch die dritte außerordentliche Landesversammlung der Soldatenräte Badens, die letzten Samstag im „Lamm“ hier stattfand, war vom Geiste der temperamentvollen Initiative, des guten Willens, der verständnisvollen Aufrichtigkeit und doch wieder von drohendem Groll getragen. Keine Prolog gegenüber der Ordnung und Ruhe, sondern „Gewehr bei Fuß“ gegenüber militärischer Anklage und Terrorismus. Geleitet von dem Gedanken: von den Jesheln erlöst wollen und müssen die Soldatenräte auch ohne Niemen keinen Sklaven, sondern freien Männer Führer sein. Es ist ein jähres Einziehen für und bei den Kameraden, und damit für das ganze badische Volk. Besämen ist es, daß immer wieder viele ungedachte Angriffe gegen die Soldatenräte im Land aufstehen, statt zu verschwinden. Mißverständnisse und Ueberrumpelungen unermittellich, sonst wären alle Menschen Engländer. Wenn einmal die Geschichte der badischen Revolution, deren Abschluß noch nicht restlos gesichert ist, geschrieben wird, dann wird sich zeigen, was und wie die Soldatenräte Leben und Eigentum gekostet haben.

Durch die am Freitag gemeinsam von den Arbeiter, Bauern, Volks- und Soldatenräten beschlossene Resolution, wonach durch den Austritt des Ministers Brümmel die Arbeiten und Befugnisse in militärischer Natur des Ministeriums für militärische Angelegenheiten an den Landesauschuss der Soldatenräte Badens übergehen, und das ausdrückliche Verlangen auf das Mitbestimmungsrecht bei der badischen Volksregierung in allen rein militärischen Fragen, insbesondere beim Aufbau eines badischen Volksherrschers mitzuwirken, ist im Landesauschuss ein starkes Kontrahentorgan geschaffen, das alles rein Militärische in seiner Hand vereinigt.

Das Programm, das sie ihrer „Verordnung für Soldatenräte“ vorausschicken, die sie im Einberufen mit dem Generalkommando 14. A. K. festgelegt haben, lautet:

Die Soldatenräte sind die Hüter der Errungenschaften der Revolution. Sie unterstützen die Regierung, die sich auf den Boden der reinen Demokratie stellt, verwerfen jede Gewaltherrschaft und Diktatur sowohl von rechts, wie von links.

Sie erstreben die schnellste Durchführung in geordnete, gesetzmäßige Zustände, jedoch nur auf dem rein demokratischen, republikanischen, sozialen Boden.

Sie sind in erster Linie ein Hort für die gerechte Auslegung und Ausführung der mit ihrem Einberufen ergangenen Anordnungen, eine Stelle, wo der Soldat eine gerechte und warme Vertretung seiner berechtigten Forderungen findet. Sie sind das Mitbestimmungsorgan zusammen mit den Inhabern der Kommandogewalt und suchen ein gutes, auf gegenseitigem Vertrauen gegründetes Verhältnis zwischen Mannschaften und Vorgesetzten herbeizuführen. Sie stützen sich dabei auf das Vertrauen der Mannschaften, aus denen sie hervorgehen.

Sie verlangen das Mitbestimmungsrecht zum Aufbau der neuen Militärgliederung und erheben diese Forderung ausdrücklich gegenüber der vorläufigen badischen Volksregierung und der Nationalversammlung.

Mit diesen Richtlinien wurde ein wertvoller Grundstein von einschneidender Bedeutung gelegt, der für die Weiterentwicklung des badischen Landes von bestimmendem Charakter sein wird. Der Pulsschlag der Delegiertenversammlung der Soldatenräte Badens hat gezeigt, daß sie sich ihrer hohen politischen Macht voll und ganz bewußt sind, und daß sie ihr Recht von Verantwortlichkeitsgefühl getragen, jederzeit zu vertreten wissen.

Sitzungsbericht.

Der Vorsitzende des Landesauschusses der Soldatenräte Badens, Kamerad Gehry, eröffnete um 9 Uhr die Sitzung und hieß die Erschienenen willkommen. Auch die Regierung war eingeladen und war als Vertreter des Generalkommandos Hauptmann Stemmermann anwesend:

Auf der Tagesordnung stand:

- I. Bekanntgabe der Richtlinien,
- II. Anträge und Beschlüsse.

Vor Eintritt in die Debatte führte als erster Redner Kam. Dr. Kraus, Freiburg, der einzige Soldatenratsvertreter in der badischen Nationalversammlung, ungefähr aus: Die vor uns liegenden Richtlinien müssen hauptsächlich von dem Gesichtspunkte bewertet werden, daß wir für die nächste Zeit nur nach die Kampfgänge 1808 und 1809 unter den Waffen haben. Zur Erzielung dieser jungen Leute ist es jedoch notwendig, daß die Richtlinien mit etwas Schärfe ausgestellt werden. Auch sollen dieselben dazu beitragen, geordnete Zustände in unserem badischen Heere zu erhalten, um die Regierung zu stützen und die gesicherte Durchführung der badischen Nationalversammlung zu ermöglichen. Weiter wies Redner darauf hin, daß auch bereits in der englischen Armee und Marine die Soldaten und Matrosen seitens der Regierung die Zuficherung erhalten haben, in Fragen der Angelegenheiten des Heeres und der Marine mitzubestimmen. Dies würde gleichbedeutend mit den deutschen Soldatenräten sein. Das badische Volk will nicht die Zustände, wie wir sie in Berlin und im Rheinland haben. Auch habe er von Minister Dietrich die Mitteilung erhalten, daß die Entente bei den weiter ruhigen Verhältnissen in Baden, nicht die Absicht habe, in Baden einzumarschieren, auch wenn dies bei den weiter unruhigen Verhältnissen in Berlin und den Rheinländern dortorts möglich wäre. Die Aufgaben, die die letzte Landesversammlung dem Landesauschuss mitgegeben haben, seien restlos erfüllt worden.

Als zweiter Redner sprach Kam. Hammerlag von Freiburg über die politische Bedeutung der vorliegenden Richtlinien, wobei er die Aufgaben, die der Landesauschuss zu leisten hat. Zwei Aufgaben sind vor allen Dingen zu erfüllen, erstens verwaltungstechnische, zweitens politische Aufgaben. Während und vor dem Kriege konnte Politik nicht in das Meer eingreifen. Dies sei seit der Revolution anders geworden. Es soll jedoch im Meer keine einheitliche Parteipolitik getrieben, keinem Soldaten soll die Freiheit seiner Anschauungen genommen werden. Die Soldatenräte haben die besondere Aufgabe dafür zu sorgen, daß der Geist, aus dem sie geboren wurden, nicht einschläft. Wir wollen keine Kriegervereine, die bisher ihre Aufgabe darin suchten, diejenigen Tage zu feiern, die für unsere Heere schmerzlich und bitter waren. Wir müssen einen politischen Verband schaffen, der den Geist der Revolution hochhält und der ein Verband ehemaliger Kriegsteilnehmer sein muß. Dies sei Sache des Landesauschusses, ebenso sei es Aufgabe desselben, die Kriegsbefähigtenfürsorge und Arbeitslosenfürsorge in geregelte und richtige Bahnen zu leiten.

Es wurde dann in die Debatte über die „Verordnung der Soldatenräte“ eingetreten, die nach folgenden Gesichtspunkten aufgestellt ist:

1. Wahl der Soldatenräte.
 2. Aufbau und Zusammenziehung der Soldatenräte.
 3. Aufgaben und Befugnisse der Soldatenräte.
 4. Richtlinien für die Dienstverteilung.
 5. Vergütungen der Soldatenräte.
 6. Vereinbarungen mit dem Generalkommando 14. A. K.
- Die Annahme erfolgte nach Durchsprache mit keinen Abänderungen einstimmig.

Die Bühler Berta.

Von Walter Reter.

(Schluß.)

XV.

So sah Berta also wieder in der Stadt. Und weil sie am Schluß noch dem Matthis, bevor der wieder sein Bernerwägelchen heimwärts kutscherte, versprochen hatte, vom Rechtsanwalt zu schreiben, ging sie auch gleich hin zu ihm.

„Also, Fräulein Bühler.“ — so jagte der ihr — „wie ich befürchtet habe, so ist es gekommen. Hier ist ein Schriftstück der Gegenseite. Sie brauchen ihn nicht durzugucken. Sie könnten ihn doch nicht verstehen und würden sich nur aufregen. Der Beklagte bestreitet das Verlöbniß und verlangt Beweise. Sie sagten mir ja das letzte Mal, daß Sie alle Korrespondenzen aufbewahrt haben. Das ist jetzt vielleicht viel, vielleicht alles wert. Die müssen Sie mir bringen.“

Und wieder hatte sie für eine Sekunde den Operationsaal gesehen und die fremden Männer mit den weißen Kutten und den goldenen Brillen. Und ihr zukendes Herz.

Da hatte sie alles hinuntergeschluckt. Und dem Rechtsanwalt erklärt, er werde damit nicht viel anfangen können. Sie habe von Anfang an mit Gustel eine Geheimnisverbindung; und in der seien alle Karten und auch die meisten Briefe geschrieben.

„Dann tut es mir leid, Fräulein Bühler; aber dann muß ich eben Ihre Mithilfe in Anspruch nehmen. Dann nehmen Sie eben in dem Hof und schreiben Sie mir die Briefe und Karten ab. Ich habe ja schon an Ihrer Vollmachtsunterchrift gesehen, daß Sie eine deutliche Handchrift haben. Aber vergessen Sie nicht, die Korrespondenzen chronologisch, d. h. nach der Zeit, einzutragen. Und jedem Brief und jeder Karte geben Sie eine Nummer, und unter der gleichen Nummer tragen Sie es in das Heft ein. Haben Sie es verstanden, wie ich dies meine? Sie können sich ruhig Zeit lassen. Im ersten Termin wird die Sache doch nicht verhandelt werden können.“

Da ging sie hin und kaufte sich für zwanzig Pfennig ein Schreibheft. Wie damals, als sie noch als kleines Kind zur Schule ging. Mit blauem Einband und blauen Linien.

Und am Heiligabend, wo's in der Wirtschaft nichts zu tun gab, legte sie sich hin und fing an zu schreiben. Und schrieb und schrieb, als fiele es noch rasch den letzten Willen zu verfallen, weil die Hand, die ihr im Nacken lag, immer weiter die harten Finger ausstreckte, immer weiter nach vorn sich reckte, der Gurgel zu. Und wie sie da lag und schrieb, stieg nach der Weisung des Rechtsanwalts, zuerst den Brief nummerierte, dann die Nummer ins Schlußheft übergeschrieben, den Brief selbst darunter setzte, Wort für Wort: da war es ihr, als sei sie wieder in jenem hohen Saal. Daß das Bild hatte sich geändert; sie hielt jetzt selbst ihr zukendes Herz in der Hand und fing selbst an daran zu schreiben. An schreiben, dieweil es noch zu'de. Und wenn ihr die hartnäckige Hand, die sie an ihrer Gurgel verpirte, den Atem nahm, dann stand sie auf und trat ans Fenster. Und sah von den Fenstern überall hellen Lichterglanz in die Nacht hinaus leuchten. Und hörte auch da und dort helle Kinderstimmen, wie sie „Stille Nacht“ oder „Zur Kinderlein, kommet“, jangen. Und wieder schleppte sie sich zum Stuhl. Und wieder fing sie an, in das blaue Schlußheft zu schreiben.

„Dr. H. Liebe, gute einzige Berta! Ich bin gut hier angekommen. Du weißt, ich hätte Weihnachten lieber mit Dir verbracht. Aber mein Vater wollte es so haben. Es ist ja alles gut und schön hier im Elternhaus. Aber es kommt mir alles so kalt vor, so rau, gerade wie die Wespennest. Der Gedanke, hier im Säffischen dauernd bleiben zu müssen und nicht mehr nach dem Süden zurück zu dürfen, könnte mich rauh machen. Ich glaube, es ist dies aber alles nur die Sehnsucht nach Dir, meine Berta. Ein Weihnachtsbesuch bringe ich Dir mit. Wenn Dir heute Abend vielleicht auch ein ganz klein wenig die Sehnsucht nach Deinem Dick lebenden Gustel überkommen sollte, dann, Sabat, tröste Dich mit dem Gedanken, daß, so Gott will, das Weihnachtsfest nicht mehr gar so fern ist, wo wir einander nicht mehr zu schreiben brauchen. Da ich noch für Ruter einiges beorgen will, lasse ich mich mit Innigem Gruß und Kus Dein treuer Gustel.“

Weiter war sie nicht gekommen, die Bühler Berta. Die Nummer 54, der Weihnachtsbrief, war der letzte, der in dem blauen Schreibheft stand. Die untersten Heften waren schon so matt und schwach im Ansehen, als seien sie mit den letzten Tropfen ihres Herzblutes geschrieben, während draußen tausend Kerzen, tausend Stimmen Friede und Glück kündeten.

Was aus der Bühler Berta geworden ist? Das weiß ich nicht. Aber irgendwo in einer feuchten Regstratur, da modern, zwischen einem Hahnenputz und einem Mietstreit, da Affen: Bühler contra Bed. Und in dem Verfasssel, da liegen viele Briefe und ein Schreibheft. Wie kleine Kinder in der Schule sie benötigen. Ein Schreibheft für zwanzig Pfennig, mit blauem Einband und blauen Linien.

Eingegangene Bücher u. Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Von der Neuen Zeit ist soeben das 15. Heft vom 1. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Kritisches. Von Dr. Paul Jench. — Verstaatlichung des Bergbaues. Von Otto Que. — Sieg des englischen Imperialismus. Von Hans Brudmann. — Streifzieher. Von A. Knoll. — Was müssen wir in Zukunft von den städtischen Gartenverwaltungen fordern? Von Hermann Krafft. — Aus unserer Bücherei. Von Edgar Steiner.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kioske zum Preis von 50 Pf. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 40 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 26 des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Sturm! Von Jürgen Brand. — Schicksalstern. Gedicht von Karl Wendell. — Revolutionsstunden. Von Alfred Fröhlich. — Die Forderungen der Jugend. Von Richard Weimann. — Der Rhein, die Revolution und der Friede. Von Gg. Engelbert Graf. — Revolution und Jugendbewegung. — Aus Hamburgs Revolutionsagen. — Die Gefahren der Uebergangswirtschaft für die arbeitende Jugend. — Aus der Jugendbewegung. — Fahrtauschüsse für Jugendliche.

Bei Eröffnung der Nachmittags-Sitzung sprach der Vorsitzende, Nam. Gehrt, der Neuzug-Kommission für die durch Aufstellung der Nichtkinder geschaffene vorzügliche Leistung vollen Dank aus. Es wurde ferner bekannt gegeben, daß die Löhnung von 30 Mark und die Arbeitszulagen laut Erklärung des Generalkommandos weiterbezahlt werden, ohne Einfluß durch die am 10. Jan. ausgeprochene Demobilisierung.

Verschiedene Anträge, wie bessere Versorgung der Lazarette mit Verbandsstoffen, Tragen von Waffen der Vorgezogenen, ferner Anträge der Musiker und Kapitulanten wurden teils den zuständigen Behörden überwiesen, teils wurde es den einzelnen Formationen anheimgestellt, sich an ihre Verbände zu wenden, oder gesammeltes Material dem Landesauskunft zu überweisen, der sich zur Erledigung der Anträge verwenden wird.

Nach Rücksprache mit den Kreisorten wurden auf Vorschlag des Vorsitzenden Gehrt 3 weitere Kameraden einstimmig in den Landesauskunft gewählt, der sich somit folgendermaßen zusammensetzt: Gehrt-Waldkirch (1. Vorsitzender), Spindler-Durlach, Siegmund-Offenburg (2. Vorsitzender), Straub-Freiburg, Werner-Frozheim, Wohlgenuth-Heidelberg (3. Vorsitzender).

Dem neuen zusammengesetzten Landesauskunft wurde von der Versammlung unter großem Beifall gegen eine Stimme das Vertrauen ausgesprochen.

Am Schluß der Tagung wies der Vorsitzende Gehrt mit kernigen, markanten Worten auf den Ernst der Stunde hin und richtete an die Soldatenräte Badens die eindringliche Mahnung, einedenk ihrer Pflichten, ihre ganze Kraft zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auch fernerhin einzusetzen. Wenn die Nationalversammlung die Erwartung des werktätigen Volkes auf die Festigung einer freien badiischen Volksrepublik nicht erfüllen sollte, dann werden auch die Soldaten wissen, was sie zu tun haben. Vor allen Dingen aber sei es eine heilige Ehrenpflicht aller Soldaten Badens, zum Schutze der badiischen Nationalversammlung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, ja selbst dem Leben, einzusetzen.

Unter starkem Beifall schloß die Sitzung um 5 Uhr 30.

Ausland.

Wien, 14. Jan. Das Slavische Korrespondenz-Büro meldet aus Stanislaw: Ein Bericht des ukrainischen Generalstabes vom 8. Januar besagt, daß die Polen südlich Lemberg mit 2 1/2 Millionen zur Offensive übergingen, von den Ukrainern aber geschlagen wurden und 900 Tote und Verwundete zurückließen. Die Ukrainer erbeuteten 7 Maschinengewehre und machten 70 Gefangene. Nach einem Bericht des ukrainischen Generalstabes vom 11. Januar haben die Ukrainer nachschicklich Lemberg genommen. Dabei haben die Polen im Gebiet von Polkow ihr Vordringen unter großen Verlusten fortgesetzt. Zwischen Tarnawa und Polkow verloren die Polen 1000 Tote und Verwundete. Bei Lemberg dauert der Geschützkampf an.

Kopenhagen, 13. Jan. Der „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Nach einem Telegramm aus Selsingfors erlitten die Bolschewisten nicht nur in Perum eine schwere Niederlage, sondern auch in Charkow. In der ersten Januarwoche war auf der Bahnlinie Petersburg-Roslaw der Personenverkehr gesperrt infolge der Befehlsgebung von Sowjettruppen.

Deutsche Nationalwahlen.

Unbegründete Sorgen.

Das selbständige Gewerbe, Handwerk und der Handel müssen in ihrer Existenz durch Ablehnung sozialistischer Experimente gesichert werden.“ So heißt es im Programm der Deutsch-demokratischen Partei.

Gegen wen muß das selbständige Gewerbe vor sozialistischer Experimentierung gesichert werden? Wer denkt an die Sozialisierung von privaten Kleinbetrieben? Es vergeht nicht ein Tag, an dem die Aufklärungsarbeit von Presse

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Bad. Landesoper im Stadt. Konzerthaus.

„Liebe im Schnee“, Operette in 3 Akten von Ralph Benatzky und Willi Prager.

Musik von Ralph Benatzky.

Auch bei der Wiederholung dieser Novität war das Haus bis auf den letzten Platz besetzt; viele konnten gar keine Billette mehr bekommen. Stofflich weist das Stück Anklänge auf an den auf dem gleichen künstlerischen Niveau stehenden „Walzertraum“. Dort ist es der Prinzgemahl, hier eine Prinzessin, die gern über die Stränge der Hofetikette schlauen möchte, aber zu einer frivolen Tat sich doch nicht ausrufen kann. So geht die „Liebe im Schnee“ eigentlich unbedeutend aus. Die Liebe stirbt, die Staatsraison siegt, was man schon am Schluß des 2. Aufzuges weiß, jedoch der dritte dramaturgisch als überflüssiges Anhängsel erscheint. Das „Mitteln“ stellt eine fäulnische Hofhaltung mit einem bis zur Wödnigkeit vertrottelten Landesherrn, wie man sie in der modernen Operette mit einer langweiligen Soubolonenhaftigkeit zu Gesicht bekommt. Sticht Handlung und Humor auf keiner besonders hohen Stufe, so kann man wenigstens der Musik Gefälligkeit, leichtbeschwingte Rhythmi, saubere Instrumentation und Erfindungsgabe nachrühmen. Das Repertoire an ihr sind die „Schlager“, die Tanzcouplets. Unter dem vielen Geschmacklosen der Aufführung konnte man sich immerhin an den gelungeneren Leistungen des Liebespaars erfreuen, dessen Part von Herrn Neugebauer und Fr. Vajninger genüchlich gelungen wurde. Auch Fr. Friedrich und Frau Josef-Lomjak zeichneten sich durch schönen Vortrag aus. Ueber Herrn Nordens Sangeskunst ist das Nötige schon gesagt worden. Man kann den blechernen Klang seines Organs nur bedauern, denn im übrigen weist der Herr ein echtes Theaterblut auf, und er hat durch seine Tanzkünste zum großen Teil den rasenden Beifall herbeigerufen, der dem Stück zuteil wurde. Wenn er seine Neigung zum Gewöhnlichen mehr bekämpfte, würde er uns noch besser gefallen. Die übrigen Rollen stellen der Kunst der Darsteller keine Aufgaben.

Aus aller Welt.

Räte, die uns fehlen.

Einem Hamburger Blatte schreibt man: Arbeiterräte, Soldatenräte, Bauernräte, Bürgerräte — was haben wir alles für Räte bekommen! Sind sie nützlicher, als es einst die Regierungs-, Geheim-, Konsistorial-, Kommerzien- und Kommissionsräte waren? Die nützlichsten Räte, die es gibt, sind es jedenfalls nicht, das sind unzweifelhaft die — Wortführer! Aber gibt es die überhaupt noch?

und Versammlungsrednern der Sozialdemokratie den Hinweis unterläßt, nur die zur Verstaatlichung geeigneten Großbetriebe: die Trusts, die Syndikate, die Kartelle der Industrie, der Banken, des Großgrundbesitzes dürfen in den staatlichen Besitz übergehen. Von verstaatlichenden Maßnahmen der Kleinbetriebe hat weder die Allgemeinheit noch der private Besitzer einen Vorteil. Es ist schwer zu glauben, daß die Leitung der deutsch-demokratischen Partei unseren Standpunkt nicht kennt. Warum polemisiert sie verdeckt gegen eine Maßnahme, die niemand will?

Teuere Kostgänger!

Die bürgerlichen Parteien behaupten, daß die Revolution verhängenwidrig gewirtschaftet habe und belegen diese Behauptung mit dem Hinweis auf Einzelfälle, bei denen Mitglieder der A. u. S.-Räte hohe Entschädigungen erhalten haben. In welcher Weise mit den Großen der Steuerzahler unter dem alten Regime gewirtschaftet worden ist, wie die „alten Machthaber“ entschädigt wurden, haben die Lobredner des alten Systems, wie es scheint, ganz vergessen. Wir wollen ihr Gedächtnis auffrischen. Es erhielten:

	im Jahr	an einem Tag
Wilhelm II.	21 200 000 M.	58 082 M.
König von Bayern	6 865 734 „	18 810 „
König von Sachsen	4 091 456 „	11 209 „
König von Württemberg	2 400 000 „	6 575 „
Großherzog von Baden	1 796 128 „	4 920 „
Großherzog von Oldenburg	655 000 „	1 808 „
Großherzog von Hessen	1 410 000 „	3 868 „
Großherzog von Sachsen-Weimar	1 020 000 „	2 794 „
Herzog von Braunschweig	1 123 000 „	3 083 „
Landesfürst. Rente der von Sachsen-Meiningen	394 288 „	1 080 „
die Hälfte der Domänenüberschüsse	250 000 „	684 „
Kürst v. Schwarzburg-Rudolstadt und Sonderhausen	333 367 „	914 „
	41 541 593 M.	113 826 M.

Die Arbeiter- und Soldatenräte haben zudem mit diesen hochbezahlten Einkünften der alten Machthaber gründlich ausgeräumt. Nicht nur die gekrönten Häupter, sondern auch viele andere Säulen sind gestürzt worden. Es gab zahlreiche Stellen, die vielfach von ehemaligen Offizieren mit hohem Gehalt besetzt waren, die jetzt aufgehoben sind. Die Arbeit wird von den Arbeiter- und Soldatenräten geleistet für eine Entschädigung, die oft nur einen geringen Bruchteil der früher gezahlten Gehälter ausmacht.

Der Weltkrieg hat neben dem vielen kostbaren Blut 150 Milliarden verschlungen. Täglichen wenden sich diejenigen, die gegen die A. u. S.-Räte hegen, mit keinem Wort.

Voll, vergiß das nicht! Am Wahltag ist Wahltag!

2. Wahlkreis Offenburg-Mehl.

Die Parteigenossen im 2. Wahlkreis Offenburg-Mehl werden darauf aufmerksam gemacht, daß unser Wahlbüro am Sonntag in der „Neuen Post“ ist. Sollten irgendwo Stimmgelbe fehlen oder sonst etwas nicht in Ordnung sein, möchten die Parteigenossen solche dort abholen oder uns auf dem schnellsten Wege Mitteilung machen. Es darf am Sonntag nicht vorkommen, daß Wähler oder Wählerinnen ohne Stimmgelbe sind und einander untere Gegner oder gar nicht wählen. Die Wahlergebnisse werden ebenfalls in der „Neuen Post“ bekannt gemacht. Wir bitten die Genossen des Kreises, uns solche nach dorten zu berichten.

Offenburg, 11. Jan. Sozialdem. Partei. Die Parteigenossen treffen sich heute Mittwochabend in der „Neuen Post“ zur Entgegennahme von Zuschriften und Stimmgelben für die Stadt Offenburg und Umgebung. Wir fordern die Parteigenossen und -genossinnen dringend auf, sich recht zahlreich zur Verfügung zu stellen.

Einem letzten Appell richtet am Samstagabend in der „Mittelhalle“ Gen. Sekretär Guler-Freiburg an die Offenburg-Wähler und Wählerinnen. Es gilt am Sonntag, einen noch größeren Erfolg für die Sozialdemokratie zu schaffen. Deshalb alle Genossen und Genossinnen an die Front!

für die Frauen.

Frauen und Mädchen! Paßt auf!

Hütet euch vor falschen Freunden! Glaub nicht, was das Zentrum euch sagt! Verachtet die Krieger! Deutsche Frauen und Mädchen! Es ist unwahr, daß die Sozialdemokratie religionsfeindlich ist. Die Sozialdemokratie handelt in ihrer gesamten Tätigkeit zehrmal christlicher als das Zentrum, das von den Kriegshelgen betrieben hat und mitständlich ist an den Massengräbern und dem unglücklichen Ende. Das Zentrum hat die Friedenspolitik des Papstes fortgesetzt verhöhnt, die Sozialdemokratie aber hat sie verteidigt. Die Sozialdemokratie raubt niemandem die Religion, sie ist für völlige religiöse Freiheit, sie hat die Kulturkampfgeetze gegen die katholische Kirche scharf bekämpft.

Deutsche Frauen und Mädchen! Es ist nicht wahr, daß die Sozialdemokratie angehörnden Teile der Bevölkerung den anderen Schichten feindselig gegenübersteht. Auch die Sozialdemokraten lieben ihr Vaterland, auch sie haben den Wunsch nach Frieden, Arbeit und Brot! Aber die Sozialdemokratie will das Vaterland so gestalten, daß wir, liche Liebe, Freiheit und Glück für alle Volksgenossen erblüht.

Es ist nicht wahr, daß der schnelle Abschluß des Waffenstillstandes uns die schlechten Bedingungen gebracht hat, unter denen wir leiden. Der Waffenstillstand ist abgeschlossen worden auf Wunsch der obersten Heeresleitung, er mußte abgeschlossen werden, weil sonst noch weitere Ströme Blutes vergossen wären, ohne daß für das Vaterland ein Nutzen daraus erwachsen wäre.

Es ist nicht wahr, daß wir hätten siegen können, wenn wir nur noch länger durchgehalten hätten. Bedeutende Ge-

nerale haben bewiesen, daß es schon im Herbst 1914 nach der unglücklichen Schlacht an der Marne entschieden war, daß wir den Krieg nicht gewinnen konnten.

Trotzdem hat man diesen Krieg noch vier volle Jahre fortgesetzt! Hat uns vier volle Jahre belogen und betrogen! Die völkerverfeindlichen Parteien mit Einfluß des Zentrums sind es gewesen, die diesen organisierten Völkermord so lange fortgesetzt haben. Unjagbares Elend haben sie über das deutsche Volk gebracht!

Deutsche Frauen und Mädchen! Nur der Sozialismus, der die Völkerverbrüderung anstrebt, kann uns den Weltfrieden garantieren! Seid froh, daß die sozialistische Regierung gekommen ist! Wenn wir alle treu zu ihr halten, wird sie in unserem Vaterlande Zustände schaffen, unter denen wir endlich wieder am trauten häuslichen Herde unsres Lebens froh werden können.

Wählt am 19. Januar die Vertreter der sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Aus der Partei.

An die sozialistischen Parteigenossen.

Zur Erhaltung der Republik als der höchsten Staatsform, zur Pflege des Sozialismus und der sonstigen zeitigen Interessen und zur Verwirklichung wirtschaftlicher Forderungen innerhalb der Partei haben sich die sozialistischen Parteigenossen Badens, dem Beispiel der sog. Lehrerschaft folgend, innerhalb der sozialdem. Partei zusammengeschlossen. Grundtatsache soll hierdurch die Zugehörigkeit zu einer Standesorganisation nicht berührt werden. Es soll durch diesen Zusammenschluß die Arbeit der Standesorganisationen innerhalb der Partei unterstützt werden.

Sozialistische Parteigenossen der Eisenbahn und Post! Die Schranken, die unsere innere Ueberzeugung nicht zu Worte kommen lassen, sind gefallen. Frei darf sich jeder zu seiner Ankaufung bekennen. Wer entschlossen ist, mitzuarbeiten, sende seine Adresse an:

Gen. Eisenbahnsekretär D. Lees, Karlsruhe, Büchleinstraße 11.

oder an Gen. Eisenbahnsekretär J. Fromm, Karlsruhe, Beierthain, Hohenzollernstraße 55.

oder an Gen. Redakteur Winter, Karlsruhe, „Volkshaus“.

Durlach, 14. Januar. Nächsten Samstagabend wird Genosse Oskar Trinks aus Karlsruhe, Parteisekretär und Kandidat für die Reichsnationalwahlen, in der Hindenburgschule (Turnhalle) über die Bedeutung der Reichsnationalwahlen zu den Wählern sprechen. — Es ist Ehrenpflicht der Parteigenossen und Genossinnen für ein volles Haus zu sorgen und in Massen zu erscheinen. Der Ausschall der badiischen Nationalwahlen in Durlach hat bewiesen, daß die übergroße Mehrheit der Einwohnerschaft von Durlach vom Geist des Sozialismus durchdrungen ist. Das selbe hoffen wir auch hinsichtlich der Reichswahlen sagen zu dürfen.

Hohenwettersbach, 14. Jan. Heute abends 7 Uhr findet im Nebenzimmer zur „Ranne“ eine Mitgliederversammlung statt, wozu auch die Leiter der Parteipresse eingeladen sind. Es ist Pflicht, vollständig zu erscheinen, da wichtige örtliche Angelegenheiten zur Erledigung kommen.

Gröningen, 14. Jan. Die geplante Wählerversammlung findet nicht am Donnerstag, sondern erst am nächsten Samstag, 18. Jan. abends halb 8 Uhr im Warenaal statt. Frau Fischer aus Karlsruhe, Mitglied der Nationalversammlung, wird sprechen. Sorgt für einen guten Besuch.

Söllingen, 12. Jan. Auf die kommenden Donnerstagsabend halb 8 Uhr im Gasthaus zum „Hirsch“ stattfindende Wählerversammlung mit unserem Kandidaten, Parteisekretär Oskar Trinks aus Karlsruhe, als Referenten, sei hiernächst die gesamte Einwohnerschaft aufmerksam gemacht. Wir erwarten von den Freunden unserer Sache, hauptsächlich aus den Frauen, einen Massenbesuch. Zeigt durch euer Erscheinen, daß ihr unsere Zeit begriffen und wie am 5. Januar so auch diesmal mit dem Stimmgelbe zu unserer Sache steht.

Langensteinbach, 15. Dez. Gen. Verein. Donnerstagsabend halb 8 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung in der Festhalle statt. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber, Bekämpfung von Wahlfragen, ist es Pflicht jedes Einzelnen, in der Versammlung zu erscheinen.

Reuschhausen, 13. Jan. Sonntag Mittag fand im „Hirsch“ eine öffentliche Wählerversammlung statt, die von Männern und Frauen sehr gut besucht war. Der Referent, ein Genosse aus Ettlingen, fand mit seinen Ausführungen starken Beifall. Eine Teilerhebung ergab 9 W. Nach diesem Erfolg wird in den nächsten Tagen auch hier eine Parteimitgliedschaft ins Leben gerufen werden.

Baden.

Freiburg, 13. Jan. Nach dem Echo vom Balde ist jetzt die Nachfrage nach Schwertwälder Holzleuten sehr stark. Fremde, sogar auswärtige bewachten jedes Uhrmacherhaus von Ort zu Ort. Für eine Alltägliche Holzleute mit Schild ohne Gewicht boten sie 16 M. für das Stück; früher war der Uhrmacher froh, wenn er 3-20 M. für das Stück mit Schild und Ketten erhielt. Leider fehlte das Material, sonst hätte 1917 und im letzten Jahr noch viel geliefert werden können.

Flugpost Konstanz. Angesichts der schlechten und noch schlechter werdenden Verkehrsverhältnisse hat der Volkstrat Konstanz im Einvernehmen mit der Reichsregierung und der badiischen Regierung in Konstanz eine Fliegerstation errichtet. Damit ist Konstanz die dritte Station im Deutschen Reich, die mit Flugzeugen für Kurierzwecke ausgerüstet wurde. Die Fliegerstation, die dem Volkstrat untersteht, hat 2 Flugzeugführer und 2 Flugzeugmonteure als Personal. Die Leitung der Fliegerstation wurde durch den Volkstrat dem Fliegeringenieur Ernst Schlegel von hier übertragen.

Veränderungen im Eisenbahnfahrplan. Wegen geänderter Arbeitszeit sind zwischen Karlsruhe und Baden-Dos sowie zwischen Karlsruhe und Bruchsal verschiedene Fahrplanänderungen eingetreten. Näheres hierüber ist bei den Stationen zu erfahren und aus den Aushangfahrplänen zu ersehen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 15. Januar.

Volkbeauftragter a. D. Barth.

Im großen Saale der städtischen Festhalle gab es gestern eine Sensation nach zweierlei Richtungen. Der Volkbeauftragte a. D. Barth sprach: sprach geschlagene 3 1/2 Stunden und in der Diskussion nochmals 1/2 Stunden über die deutsche Revolution, die Vorgänge in Berlin und die Nationalwahlen. Einleitend begann er mit der Feststellung einer Vögelüberbietung. Angebeuer viel, sagte er, wurde im Kriege gelogen, aber am meisten in den Wochen, die dem Kriege folgten. Kein Herr Barth, das ist nicht wahr. Den Vögel überbieten Sie erreicht und zwar mit der Behauptung, die Mehrheitssozialisten, voran der „Volkfreund“ unter Kolb, haben mit den „Bestien, Schuften, Reptilien, Lumpen“ etc. etc. der bürgerlichen Parteien in der Uebersteigerung des Chauvinismus und der „Blutbesoffenheit“ gewetteifert. Zeigen Sie uns, Herr Barth, doch einen einzigen Satz aus den „Volkfreund“, der über den Krieg anders als im Sinne des Mächtes gesprochen hat. So wurde über ihn gesprochen, als der Krieg noch nicht ausgebrochen war und so haben wir ihn behandelt bis zu seinem Ende. — Der Verlauf der Revolution schildert Barth mit packender Eindringlichkeit. Auch ihre Ursachen stellt er als benachterter Marxist und volkswirtschaftlicher Kenner dar. Dann aber kommt des rote Tuch für ihn, die Mehrheitssozialisten. Besonders deren Regierungsvertreter kann er gar nicht erträglich genug machen. Sie sollen schuld sein, daß die Polen rabiat geworden sind und sie sind nach Herrn Barth schuld, daß es in Berlin zum Bürgerkrieg gekommen ist. Wie mit den Polen hätte verfahren werden müssen, zeigte er an folgendem Vorschlag. Auf keinen Fall militärische Abwehr gegen die polnische Bedrohung Deutschlands. Spricht die Friedenskonferenz ihnen dieses an Kohlengruben und Eisenminen reiches Gebiet zu: gut. Dann ist unsere Wirtschaftskraft „beim Teufel“. Dagegen muß man sich vorher mit Vertretern sichern. Das nennt Herr Barth Politik und vielleischt auch gar Realpolitik. Die Polen aber würden ihm gezeigt haben, was Realpolitik ist. Haben sie die Macht, deutsches Gebiet zu besetzen, so schließen sie mit uns keine Verträge, dann besetzen sie es, treten vor die Friedenskonferenz mit einem fait accompli (vollendete Tatsache) und lassen es sehr ruhig darauf ankommen, ob Wilson das abgeschlossene Faktum rückgängig machen wird. — Logik und Konsequenz ist weiß Gott nicht die starke Seite seiner Ausführungen gewesen. In Punkt drastischen Schimpfens vollbrachte er eine Musterleistung. Mit diesem Herrn in einem Kabinett zusammenzuarbeiten muß eine erbauliche Aufgabe gewesen sein. Die Berliner werden wohl Gott gedankt haben, als sie ihn los wurden. Von ähnlichen Gefühlen sind die Karlsruher, Mannheim etc. befeelt in dem Bemühen, daß sich Herr Barth so peu a peu wieder nach Berlin begeben wird.

Zur Arbeitslosenversammlung

vom letzten Samstag erhalten wir noch folgende Aufschrift: Die in der Versammlung erfolgten Angriffe gegen meine Person treffen insofern daneben, als ich nicht der Verfasser des beanstandeten Artikels bin. Wohl aber ist die Landeszentrale in ihrer Gesamtheit für denselben verantwortlich. Nach den uns von durchaus vertrauenswürdiger Seite zugegangenen Mitteilungen über die Arbeitslosenversammlung am Tage zuvor stand tatsächlich zu befürchten, daß die Arbeitslosen von einer gewissen Seite zu politischen Zwecken mißbraucht werden könnten. Um diesem vorzubeugen, war die Landeszentrale mit dem Artikel einverstanden, der sich übrigens mit keinem Worte gegen die Arbeitslosen richtete, sondern nur gegen einen etwaigen Mißbrauch derselben zu politischen Untrieben. Nach den Erfahrungen in anderen Städten dürften gerade die Arbeitslosen selbst der Landeszentrale für diese Warnung dankbar sein. Emil Maier.

Nüppurr. Sozialdem. Verein. In der öffentlichen Frauerversammlung, die heute abend 8 Uhr im „Lamm“ stattfindet, spricht Genossin Kiefer aus Karlsruhe. Frauen und Mädchen erheben zahlreich! Arbeitslose Genossen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, werden gebeten, sich eine halbe Stunde vor Versammlungsbeginn im Lokal einzufinden.

Volkseier. Wir weisen nochmals auf die heute abend im Festhallaal geplante Volksfeier hin. Der Anklärungs-ausschuß des Volksrats, der es bisher verstanden hat, weite Kreise der hiesigen Einwohnerchaft für seine Tätigkeit zu interessieren, ist der Veranstalter. Siehe Inseratenteil.

Konzerthaus. In der heute Mittwoch als Volksvorstellung stattfindenden Aufführung von Lessings „Rathen“ ist über sämtliche Plätze verfügt. Es findet daher kein Kartenverkauf statt.

Selbstmordverfuch. Am 11. ds. Mts. wurde eine von ihrem Manne getrennt lebende Ehefrau in ihrer Wohnung in der Viktorienstraße wegen Familienswelligkeiten durch Trinken einer giftigen Flüssigkeit Selbstmordverfuch. Sie wurde in demselben Zustande mittelst Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus transportiert.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Ferd. Wilhelm, V. Karl Scherfling, Marmerhauer. Agnes Elisabeth, V. Wilh. Wehrmann, Kaufmann. Manfred Werner Gust., V. Phil. Bredt, Schneidermeister. Marianne Maria Liese, V. Waldemar Württemberg, Landwirtschaftslehrer. August, V. Otto Gahner, Bahnhofsvorsteher. Elisabeth Charlotte Hildegard, V. Karl Müller, Dipl.-Ingenieur. Willi Christian, V. Theodor Wolf, Refereendarbeiter. Anna, V. Peter Deuter, Maurer.

Todesfälle. Elise Scheber, alt 55 J., Ehefrau von Eusebius Scheber, Postsekretär. Kath. Dürer, alt 58 J., Ehefrau von Gabriel Dürer, Schuhfabrikant. Eugen Wolff, Oberlandesgerichtsrat a. D., leb. o. alt 68 J., Ehefrau Burckhard, alt 73 J., Witwe von Jakob Burckhard, Schlosser. Johann Karl Fischer, Werkmeister, Chemann, alt 58 J., Karl Weber, Chemann, Waldbüter, alt 62 J., Günther, alt 16 Tage, V. Gustav Schneider, Nachrichtenbauwart. Marie Emmerich, ledig, Kinderfräulein, alt 50 J., Hilbe, alt 1 J., V. Emil Betzlust, Oberpostassistent. Peter Spengler, ledig, Knecht, alt 62 J., Juliane Göbler, alt 52 J., Witwe von Karl Göbler, Schlosser. Wilhelm, alt 7 Mon., V. + Wilh. Wöhenberger, Bäcker. Marie Eijner, alt 41 J., Ehefrau von Franz Eijner, Polizeijergeant.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten. Hermann, V. Johann Franz Rälber, Mechaniker. Wilhelm, V. Karl Wilhelm Weiler, Fabrikarbeiter. Gertrud, V. Wilhelm Christian Krüger, Raurermeister.

Eheverträge. Badershauser Emil August, Former, vab Straub Marta Magdalena.

Sterbefälle. Sulzer Christian, Tagelöhner, ledig, 51 J., alt. Johanna, 8 Mon., alt, V. Karl Gerbert, Schlosser. Hans, 11 Tage alt, V. Hermann Jüßlin, Metzler. Pfaffenmeier Ferdinand, Magaziniere, Chemann, 57 J., alt. Rosa, 7 Mon., alt, V. August Kammerer, Landwirt. Siebenfuss Kurt Friedrich, Handlungsgehilfe, Sergeant, ledig, 28 J., alt. Trautwein Karl Wilhelm, Kaufmann, Witwer, 56 J., alt.

Verantwortliche für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Lokale Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Heute Mittwoch, 15. Jan. abends 8 Uhr im „Lamm“ Parteiversammlung. Tagesordnung: Wahlarbeit. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, vollständig zu erscheinen. 537 Der Vorstand.

Werbt fortwährend neue Abonnente!

Palast-Theater. Fernruf 2502 Karlsruhe Herrenstr. 11. Kasseöffnung 1/3 Uhr — Anfang 3 Uhr. Programm vom 15. bis einschl. 17. Januar. Ernst Reicher in 524. Stuart Webbs 23. Abenteuer. Der Teufelswalzer 5 Akte. Das Mädels aus 1001 Nacht Lustspiel in 4 Akten. Aus der beliebten MAX-MACK-Serie 1918/19.

Arbeiter-Notizkalender 1919. Mit dem Lebensabriß und dem Bildnis Albert Dufps. Aus dem sonstigen Inhalt: Ueber das Gedächtnis — Die Reform des Reichswahlrechts — Mieteneinigungsämter und Mieterschutz — Schutz dem Auge — Die Gewerkschaften im vierten Kriegsjahre — Schützt Euch vor der Dürre — Eisenbahnfahrpreise — Gedächtnis — Postgeschäften — Reichhaltiges Adressen-Material: Partei- und Gewerkschaftsadressen und Notizkalender. Preis gebunden 1.50 Mk. Vorrätig bei der Buchhdlg. Volksfreund Luisenstraße 24.

Jeder Dame, welche ihr ausgefallenes Haar einfindet, fertige schöne Zöpfe, Haarketten, Puppenverdecken usw. billigt an. Defekte Haararbeiten repariere billig. Karl Misch, Friseur, Neue bei Durlach. 5603 O. M. Walter Maler- und Tapeziergeschäft Durlacherstr. 31 empfiehlt sich zur Ausführung aller einschlägigen Arbeiten

Residenz-Theater. Spielpläne für Mittwoch als einschliessl. Freitag. Waldstr. 30 Telephon 5111. Schillerstr. 20 Ecke Göthestraße. Durlach zum Grünen Hof. Rudolf Esseek vom hiesigen Landestheater in dem Schauspiel Dagny und ihre heid. Männer 4 Akte. Er soll Dein Herr sein. Lustspiel in drei Akten mit Karl Beckersachs. Der rote Reiter Film aus dem mexikanischen COWBOY-LEBEN in 4 Akten. Der TEXAS-FRED in der Rolle des Leutnant MORTON. Erste Liebe... Wahre Liebe Lustspiel in drei Akten.

Verein Volksbildung Karlsruhe (C. V.) Vortragszyklen im Winter 1919. 1. Dipl.-Ing. Roland Effensholt: „Die deutschen und feindlichen Flugzeuge. Das Flugwesen im Frieden und der Luftverkehr.“ Donnerstag den 23. und Dienstag den 28. Januar, im großen Hörsaal des chemischen Instituts. 2. Professor Paulke: „Die Entwicklungsvorgänge in der Natur, Entwicklung der Erde als Weltkörper, der Pflanzen- und Tierwelt, des Menschen in geologischen Zeiten.“ Dienstag den 4., 11., 18., 25. Februar im Hörsaal für Geologie der Technischen Hochschule. 3. Geh. Rat Engler und Kollegen: „Ausgewählte Kapitel aus der Kriegs-Chemie.“ Donnerstag den 6. März, Dienstag den 11., 18., 25. März, im großen Hörsaal des Chem. Instituts. 4. Geh. Rat von Oeschläger: „Albrecht Dürer und seine Zeit.“ Dienstag den 1., 8., 15., 22. April im Aulaabau der Technischen Hochschule. Jeweils abends 8 Uhr. 536 werden in allen Farben gefärbt.

Militärstücke Färber M. Weiss Blumenstr. 17 — Telephon 2866. —

Druckfachen fertigt an Buchdruckerei Volksfreund.

Städtisches Konzerthaus. Mittwoch, den 15. Januar 1919. 534 Volksvorstellung.

Nathan der Weise. Dramatisches Gedicht in fünf Akten von Lessing. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Elektro-Fachmann (Techniker, Werkmeister) durchwegs bewandert und selbständig in Reparatur elektr. Maschinen (Anfertigung usw.) bei hohem Lohn und Gewinnbeteiligung gesucht. Nur Herren, die absolut selbständig eine Reparaturanstalt leiten können, wollen sich melden unter Nr. 523 an die Geschäftsstelle des „Volkfreund“.

Ausgabe von Zivil-Anzügen für entlassene Heeresangehörige. Die beim Bekleidungsamt Ettlingen für entlassene Mannschaften zur Einlieferung kommenden Zivilanzüge werden jeweils vom Generalkommando auf die Bezirkskommandos und die Ersatztruppenteile verteilt und von diesen ausgegeben. Ausgabeanweisungen des Generalkommandos auf das Bekleidungsamt Ettlingen werden von jetzt ab weder vom Generalkommando, noch von der Intendantur erteilt. Die Entlassenen müssen ihre Ansprüche auf Zivilanzüge bei den Bezirkskommandos geltend machen. Bei der Abfindung ist Geduld erforderlich, da die Anfertigung der Anzüge in keiner Weise mit den Anforderungen Schritt halten kann. Durlach, den 13. Januar 1919. 525 Generalkommando 14. Armeekorps (Abteilung IVa). Landesauschuß badischer Soldatenräte.

Photogr. Vergrößerungsanstalt

Fritz Albrecht

Yorkstrasse 10

Telephon 2443

liefert Vergrößerungen

in tadelloser Ausführung unter Garantie grösster Haltbarkeit. Da meine Vergrößerungen in eigener Werkstatt hergestellt werden, konkurrenzlose Preise und schnellste Lieferung.

Vertreter gesucht

382

Städt. Vierordtbad

Kohlensäurebäder und elegante

Wannenbäder.

I., II. und III. Klasse.

Für Herren und Damen geöffnet Werktags vorm. 9-1 Uhr, nachm. 2 1/2 bis 7 1/2 Uhr, Samstags auch über die Mittagszeit geöffnet.

An Sonn- und Feiertagen geschlossen. 5189

En gros — en détail.

Schlafzimmer- und Kücheneinrichtungen Stühle, Patenthocker

solide, starke Schreinerarbeit, wegen Räumung billig zu verkaufen.

Eugen Schaeffer

Durlach 456

31 Hauptstraße 31.

Garantiert echte

Besen und

Buschbürsten

solche alle Arten Zahnr., Nagel-, Kopf- u. Kleiderbürsten im

Spezialhaus

Herm. Ries

Sche Friedrichsplatz.

St. unend!

500 Flaschen Tinte 15.- M. frei!

1000 20.- M. frei!

Albert Wolf, Gesell. i. Vglt.

Obstkörbe

50 und 100 Pfund haltend, hat abzugeben

Lew Semmelmann Karlsruhe

Rüppurrerstraße 25.

Lebensmittelmarken.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Lebensmittelmarken, welche nicht innerhalb des Zeitraums, für den sie in unseren jeweiligen Bekanntmachungen aufgeführt sind, eingelöst werden, ihre Gültigkeit verlieren. Für verloren gegangene oder sonst abhanden gekommene Lebensmittelmarken kann Ersatz nicht gewährt werden.

Karlsruhe, den 13. Januar 1919.

Nahrungsmittellant der Stadt Karlsruhe.

Flechten-Leiden

dauernde Beseitigung durch deutsches Reichspatent. Prosp. gratis. „Sanis Versand“ München 26 c.

Zu verkaufen

1 Paar schwarze Herren-Stiefel 44, 1 Paar gelbe Damen-Schnürstiefel 40, nur wenig getragen. Quisenstr. 31 (Laden).

Safenhühnen,

wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in

Weintraubs

An- u. Verkaufsgeschäft

Kronenstr. 52, Tel. 8747

Grane Haare

und Bart erhalten garant. u. dauernd Naturfarbe u. Jugendfrische wieder d. unfl. seit 12 Jhr. best. bewährt. „Martinique“, Kauf v. Nachbestell. Pl. M. 4. Nachn. Nur durch: „Sanis Versand“ München 26.

Konservatorium für Musik

der Landeshauptstadt Karlsruhe (Baden)
zugleich Theaterschule (Opern- und Schauspielschule)
früher Grossh. Konservatorium

Neue Kurse aller Fächer beginnen am 15. Januar 1919.

Die ausführlichen Satzungen sind kostenfrei zu beziehen durch die Direktion und durch sämtliche hiesigen Musikalien- und Musikinstrumenten-Handlungen. Alle auf die Anstalt bezüglichen Anfragen und Anmeldungen zum Eintritt sind zu richten an den Direktor

Hofrat Professor Heinrich Ordenstein, Sofienstrasse 43.
Sprechstunden täglich — ausser Sonntags und Feiertags — von 3 bis 4 Uhr nachmittags.

Gesucht.

Tüchtige Köchin in bürgerliche Wirtschaft, auch Kriegervirtuose; mehrere Küchenmädchen, sowie Mädchen für Privathäuser bei guter Bezahlung; 1 Servierfräulein, das auch Hausarbeit mit übernimmt. Näheres durch Frau Rosa Brent, gewerkschaftl. Stellenvermittlerin Durlach, Hauptstraße 71 II.

Parteiliteratur

Zu beziehen von der Buchhandlg. Volksfreund Luisenstraße 24.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lsg. Nr. 6250, 2 a 76 qm mit Gebäuden, Vellchenstraße 16.

Schätzung: 87.000 M.

Versteigerungstermin: Donnerstag, den 13. März 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatgebäude Akademiestraße 8.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.

Karlsruhe, den 13. Januar 1919.

Bad. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.



LUXEUM Lichtspiele

Kaiserstraße 168. Telefon 3985.

Die beliebte Künstlerin!

Carola Toelle

in ihrem neuesten Meisterwerk

Chrisantheme

(Die Liebe fand den rechten Weg).
Dramatisches Lebensbild in vier Akten.

Doch mit des Schicksals Mächten
Schauspiel in 4 Akten. 522

Hauptdarstellerin:

Mary Irber.

Letzte Vorstellung abends von 8-10 Uhr.

Kranken-Versorgung.

Von der nächsten Woche ab werden auf die Tierarztsmarken für Kranke

Auslandsfeier

abgegeben. Preis 38 Pf.

Karlsruhe, den 11. Januar 1919. 520

Nahrungsmittellant der Stadt Karlsruhe.

COLOSSEUM

Waldstr. 16/18 Telefon 1938.

Ab 16. Januar

Eine Hamsterfahrt

Zeitgemässer Scherz. 526

Jedes Quantum

Alt-Messing,

Rotguß, Bronze,

Kupfer

kauft zu guten Preisen

Carl Metz, Feuerwehrgerätesabrik

Karlsruhe i. B.

Bannwald Allee 44.

Täglich prima frisches

Pferde-Fleisch

zu verkaufen.

Albert Notheiß, Pferdeschlächtere

Glückstraße 17

Telephon 1928.

Gebrüder

Scharff

Wir empfehlen:

Brannt-

wein

Anis

Pfefferminz

Wachholder

Vorzügliche Qualitäten

3/4-Literflasche

M 50

Verordnung über die Weitergewährung von Zulagen zu Verletztenrenten u. Unfallversicherung.

Nr. 6583.) I.

Die Bestimmung des § 1 der Bekanntmachung über die Gewährung von Zulagen zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung vom 17. Januar 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 31) gilt entsprechend für das Jahr 1919 mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Worte „sofern die Verletzten sich im Inland aufhalten“ die Worte zu setzen sind: „sofern sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten“.

II.

Verletzte, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung mehrere Renten von je weniger als zwei Dritteln der Vollrente beziehen, wird für die Zeit vom 1. Januar 1919 bis zum 31. Dezember 1919 auf Antrag eine monatliche, im Voraus zahlbare Zulage von acht Mark zu dem Gesamtbetrag ihrer Renten gewährt, wenn die Romhundertjahre ihrer Renten zusammen mindestens die Zahl 66% ergeben, die Verletzte nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten, und wenn nicht Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird.

Bezieht der Verletzte die Renten von mehreren Versicherungsträgern, so gewährt die Zulage derjenige Versicherungsträger, der die nach den Romhundertjahren höchste Rente zu zahlen hat; zählt ein Versicherungsträger mehrere Renten, so werden ihre Romhundertjahre zusammengerechnet. Kommen bei den verschiedenen Versicherungsträgern gleich hohe Romhundertjahre in Betracht, so hat derjenige Versicherungsträger die Zulage zu gewähren, welcher die Rente für den letzten Unfall festgesetzt hat.

III.

Der Antrag ist an den Versicherungsträger oder an ein Versicherungsamt zu richten. Ist der Antrag an einen anderen als den zur Entscheidung zuständigen Versicherungsträger oder an ein Versicherungsamt gerichtet, so ist der Antrag unverzüglich an den zuständigen Versicherungsträger abzugeben und der Tag des Eingangs mitzuteilen.

IV.

Die Bestimmung der §§ 3 bis 11 der unter I bezeichneten Bekanntmachung vom 17. Januar 1918 gelten entsprechend.

Für die Entscheidung über den Einspruch auf Grund dieser Verordnung oder der unter I bezeichneten Bekanntmachung vom 17. Januar 1918 gilt § 1693 der Reichsversicherungsordnung entsprechend.

Diese Bestimmung tritt mit der Verkündung der gegenwärtigen Verordnung in Kraft.

V.

Diese Verordnung hat Gesetzeskraft.

Berlin, den 2. Dezember 1918. 528

Der Rat der Volksbeauftragten.

Ebert, Haase.

Der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts.

Bauer.

Maul- und Klauenseuche betr.

Die Maul- und Klauenseuche im städt. Schlacht- und Viehhof hier ist erloschen. Die angeordneten Sperremaßnahmen werden aufgehoben.

Karlsruhe, den 9. Januar 1919. 530

Bezirksamt — Polizeidirektion.

Bezug i. 20 H. Post 1.

Gr Nation gelt h...

Charie idörjt...

Trube der fr...

öffnu sich ge...

ben er über j...

nung bereit daß d...

die 30 We n...

Nation telle u...

Adung Demof...

Begin Demof...

hotten. 3p...

Barich sich au...

gierung feine...

die vo die 30...

Ende. We n...

Politik ebenjo...

planm...

3p...

Jamm...

einm...

land b...

republi...

glänze...

terbroc...

empfun...

digern...

dann a...

rade die...

detonte...

oem We...

wird, e...

grüßt...

ation i...

dend, d...

warml...

einer i...

kommen...

den ein...

Arbeit...

Höchst...

muß m...

fers du...

Ar...

des Be...

heit de...

sich kur...

die Reg...

ur Bee...

sich vor...

wobei m...

herlei...

knaben...

Erklär...

florier...

Schablon...

Dringun...

würdige...

antis d...

wahlrech...

nämlich...

uns So...

Zns hell...

berjam...

rungen...

rißen, d...

ner auf...

unteres...

tiger Bef...

der bund...

Geheiß...

zum Ein...

ein Bef...

allen pol...